Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

36. Jahrgang. Aufl. 52,000 Stück.

Dresdner Nachrichten

Dresden, 1891.

Costümfabrik Max Jacobi, Dresden-A., Galeriestr. 26 (Telephon 389) liefert Kostüme aller Nationen und Zeiten nach historischen Mustern leihweise und käuflich. Effectuirung nach auswärts prompt.

Suche alte rothe sächsisch. 3-Pfg.-Briefmarken aus d. Jahren 1850 bis 1852 und zahle pro Stück 20–25 Mk., auch zu hohen Preisen andere alte Marken und ganze Couverts von Sachsen, Oldenburg und Thurn und Taxis etc., die man vielfach in alten Briefschaften und Geschäftspapieren alter Kaufleute findet. Angebote erbeten an Westermann durch Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.

König-Johannstrasse 2b. Fromm's Karlsbader Original-Wasser- u. Kadelzwieback haltbar und stets frisch schmeckend. Bestes Diätgebäck bei allen Krankheiten. Versandt nach allen Orten.

Tapeten. Versandt Geschäft: Marschall Str. 29. F. Schade & Co. Haupt Geschäft: Victoria & Waisenhaus-Str. Ecke. Tapeten.

Chinawein, Stärkungsmittel für Reconvalescenten und Blutarme. 1 Flasche 3 M., mit Eisen 3 M. 50 Pf. Prompter Versandt nach auswärts. Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.

Christofle-Bestecke. Alleiniges Depôt. Fabrikpreise. Hofl. Robert Hoffmann, Dresden.

Nr. 37. Spiegel: Deutscher Landwirthschaftsrath, Entlassung v. Dunajewski's. Hofnachrichten, Königsbesuch in Leipzig, Anträge auf Altersrente, Religion der Sozialdemokratie, Gerichtsverhandlungen, „Der Dorfbarbier", Geistliche Musikaufführung. Freitag, 6. Februar.

Politisches.

Die wirthschaftliche Richtung, welche Fürst Bismarck in den letzten zehn Jahren zum Schutze der nationalen Arbeit und Produktion der erdrückenden Konkurrenz des Auslandes gegenüber eingeschlagen, hat neuerdings wiederholt glänzende Anerkennung und Rechtfertigung erfahren. Mit Zweidrittelmajorität hatte sich der Reichstag für die Beibehaltung des bisherigen Zollschutzes ausgesprochen und der deutsche Landwirthschaftsrath erklärte in diesen Tagen sogar mit Einstimmigkeit, daß die deutsche Landwirthschaft den ihr zu Theil gewordenen Schutz nicht entbehren könne. Das Urtheil dieser Körperschaft fällt um so mehr in's Gewicht, als es ausschließlich von Männern ausgeht, welche als Landwirthe und Sachverständige in erster Linie als kompetent zu betrachten sind. Vertreter aus den verschiedensten Gauen Deutschlands betonten, daß die deutsche Landwirthschaft noch keineswegs in der Lage sei, den Konkurrenzkampf mit den Nachbarstaaten aufzunehmen, sondern vielmehr der Stabilität bedürfe, welche die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Schutzzölle nothwendig bedinge. Damit ergab sich von selbst die Stellungnahme zu den schwebenden deutsch-österreichischen Vertrags-Verhandlungen. Mit vollem Recht müssen sich die deutschen Landwirthe mit aller Entschiedenheit gegen den deutsch-österreichischen Handelsvertrag wenden, wenn derselbe nicht anders als durch ein Herabdrücken der deutschen Getreidezölle zu Stande kommen könnte. Es wäre in der That bedenklich, wenn der fernere Bestand der politischen Freundschaft mit Oesterreich-Ungarn davon abhängen sollte, daß Deutschland bereit ist, wirthschaftliche Opfer zu bringen, welche den Ruin der deutschen Landwirthschaft herbeiführen müßten. Mit Recht gab man in dem Landwirthschaftsrath der Entrüstung darüber Ausdruck, daß man österreichischerseits die Gemeinschaft der politischen Interessen auf wirthschaftlichem Gebiete auszubeuten suche, indem eine Aenderung unserer wirthschaftlichen Gesetzgebung zu Gunsten österreichisch-ungarischer Producenten verlangt wird. Die Beunruhigungen und Befürchtungen, die hierdurch im Süden wie im Norden Deutschlands hervorgerufen worden sind und während der zweitägigen Debatten des Landwirthschaftsrathes über den Handelsvertrag zur Sprache kamen, gipfelten in der mit lebhaftestem Beifall aufgenommenen Erklärung des Landesökonomierathes Kennemann aus Posen: Wir sind einig in dem Zweifel, ob die jetzige Reichsregierung das rechte Verständniß für die Bedürfnisse der Landwirthschaft und ihrer ungeheuren Bedeutung für unser ganzes Staatswesen hat; wir sind auch einig in der Befürchtung, daß es der gewandten österreichisch-ungarischen Diplomatie gelingen könnte, der Reichsregierung Bedingungen abzulocken, welche der Landwirthschaft schädlich wären. Auf den anwesenden Herrn Minister von Heyden muß diese Erklärung recht erbaulich gewirkt haben. Diesen kräftigen Worten kann aber nur der lebhafte Wunsch hinzugefügt werden, daß auch die Zweidrittelmajorität des Reichstages, welche sich jüngst für die Beibehaltung der Getreidezölle aussprach, einig und fest bleiben möge in der Ablehnung eines deutsch-österreichischen Handelsvertrags, den unsere Regierung mit Concessionen bezüglich unserer landwirthschaftlichen Schutzzölle hat erkaufen müssen. Wenn dann diese Ablehnung im Stande sein sollte, die politischen Freundschaftsbande der beiden Staaten zu lockern, so würde sich ergeben, daß die Anknüpfung der Vertragsverhandlungen von vorherein ein unheilvoller Fehler gewesen ist.

Der Auflösung des österreichischen Reichsrathes ist nunmehr eine zweite That der kaiserlichen Initiative, die Entlassung des Finanzministers v. Dunajewski, gefolgt. Mitten hinein in den Kampf der Parteien, dessen Wogen bereits sich zu heben beginnen, dringt diese Kunde, und sicherlich wird unseren Stammesgenossen im Nachbarlande hiermit ein schwerer Stein vom Herzen gefallen sein. Denn nicht den Finanzleiter, sondern den eigentlichen Leiter der inneren Gesammtpolitik des Kabinets Taaffe hat in der jüngsten Minister-Entlassung das Geschick ereilt. Wäre in Dunajewski nichts Anderes gefallen als der Finanzminister, so könnte man sich auf eine kurze Notiz über das Ereigniß beschränken und höchstens seine Privatgalerie, Abtheilung: Entlassene Minister, um ein neues Bild vermehren. Das Verschwinden aber gerade dieses Mannes von der politischen Schaubühne bedeutet mehr, als wenn etwa ein Prazak oder ein Welsersheimb vom Ministersessel herab- und in den Ruhesessel des Privatlebens hineingerutscht wäre; es bedeutet zwar nicht so viel wie die Entlassung eines Crispi, weil durch die Vorgänge innerhalb der schwarzgelben Pfähle das Verhältniß zum Auslande nur ganz indirekt berührt wird, es besagt auch noch nicht, daß für die deutschen Parteien nunmehr der Spinat fertig gekocht ist, so daß sie nur zuzulangen brauchen, aber es bedeutet immerhin genug, um das herabgedrückte Selbstbewußtsein unserer Stammesgenossen in Oesterreich neu zu beleben und sie mit frischem Muthe in den Wahlkampf ziehen zu lassen. Dr. v. Dunajewski, ein Mann von außerordentlicher Befähigung, von großer Energie und weitgehender Rücksichtslosigkeit, vor Allem aber ein Meister der Rede, war die Verkörperung jenes Systems, welches seit zwölf Jahren die Versöhnung aller Nationen Oesterreichs zu erstreben vorgab und thatsächlich die Zersplitterung der einzelnen Stämme erreichte, jenes Systems, das sich heute vor dem deklarirten Bankerott nur durch die Rückkehr zu den einst in die Rumpelkammer geworfenen Grundsätzen retten kann. Dr. v. Dunajewski hatte sein Uebergewicht im Kabinet Taaffe einerseits der ausschlaggebenden Stellung seiner politischen Landsleute, dann aber auch dem Umstande zu verdanken, daß er das mangelnde Redetalent seiner Kollegen durch seine außerordentliche Schlagfertigkeit zu verdecken wußte. Der Anwalt des Kabinets vor der Oeffentlichkeit mußte naturgemäß auch alsbald von Einfluß auf die Gesammtrichtung werden, und mehr als einmal mag es vorgekommen sein, daß dieser Einfluß selbst gegen die Ueberzeugung des Grafen Taaffe durchdrang, um jedes Mal den Deutschen verhängnißvoll zu werden. So wird man nicht fehlgehen, wenn man die indirekte Unterstützung, welche die ausgleichsfeindlichen Jungczechen in Wien erfuhren, auf sein Konto setzt. Beruhen die Mittheilungen, welche durch die österreichische Presse gehen, auf Wahrheit, so hat auch jetzt der nunmehr entlassene Minister seine Demission nur deshalb eingereicht, weil er in dem für die Neuwahlen bestimmten Regierungsprogramm die der deutschen Staatsauffassung günstigen Sätze unbedingt gestrichen wissen wollte. Schon aus diesem Umstande würde man den Schluß ziehen können, daß das Stiefkind Oesterreichs, der deutsche Stamm, wieder in seine vollen Rechte eingesetzt werden soll, und die Ernennung des politisch zwar noch nicht hervorgetretenen, immerhin aber dem deutschen Elemente entsprossenen Nachfolgers, Dr. Steinbach, kann diese Auffassung nur bestätigen.

Es kann nicht ausbleiben, daß der Ministerwechsel einen Rückschlag auf die Wahlen selbst ausüben wird. Die Bewegung, welche diesen vorausgeht, hat ohnehin bereits einige recht bemerkenswerthe Erscheinungen gezeitigt. Hierhin ist in erster Linie der Verzicht des Grafen Hohenwart auf ein Mandat zu rechnen. Graf Hohenwart war der Führer des klerikal-feudalen Centrums, oft genug bildete er mit seinen Getreuen in wichtigen Fragen das Zünglein an der Waage, und oft genug hat er den Ausschlag gegen seine deutschen Landsleute gegeben. Wenn ein bisher so einflußreicher Mann den Zielen seines Ehrgeizes entsagt, so ist dies ein Zeichen dafür, daß er mit seiner Nase es herausgewittert, es stehe etwas faul mit seinen Zukunftsträumen. Eine zweite Erscheinung von besonderer Tragweite ist darin zu sehen, daß die unter Leitung Steinwender's stehende Partei der Deutsch-Nationalen eine bündige Absage an die verwaschene Partei der Deutsch-Liberalen gerichtet und einen hoffentlich mit Erfolg gekrönten Annäherungsversuch an die Gefolgsleute Schönerer's gemacht hat. Man darf bei uns zu Lande über den Sympathien zu den Deutschen nicht vergessen, daß die Deutsch-Liberalen Oesterreichs, wie sie sich bisher und namentlich in der Zeit ihrer Macht zeigten, keineswegs unsere Begeisterung erwecken können. Das Semitenthum und die spezifisch semitische Weltauffassung, die sich in den Abgeordneten Neuwirth und Sueß verkörpert, hat schon früher das Deutschthum in Mißkredit gebracht; die öde Hervorkehrung der Bankiers- und Großhandels-Interessen, welche in der absolut verjudeten Wiener Presse sorgsame Förderung fand, die unfruchtbare Betonung des manchesterlichen Standpunktes, die Gleichgiltigkeit gegen die durch die einseitige Kapitalsanhäufung der Rothschild, Guttmann und Genossen herbeigeführten sozialen Schäden, die nachlässige Gleichgiltigkeit gegen die schreckliche Korruption lassen den Entschluß der Deutsch-Nationalen, sich von den Liberalen zu trennen, durchaus begründet erscheinen. Nicht Knechte des Semitenthums gehören in den neuen Reichsrath, sondern Männer, die entschlossen sind, ihre deutsche Nationalität voll zu wahren, zugleich aber auch eine von christlichem Sinne durchleuchtete und durchwärmte Sozialreform in die Hand zu nehmen. Diese Mahnung ist um so dringender, als die Sozialdemokratie zum ersten Male offen in den Kampf tritt, um die Halme zu mähen, welche die jüdische Korruption emporschießen ließ.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 5. Februar.

Berlin. Reichstag. An Stelle des aus dem Reichstage ausgeschiedenen Müller-Marienwerder wurde auf Vorschlag des Grafen v. Ballestrem Mierbach (Rp.) gewählt, und dann die Berathung der Forderung für Ostafrika in Verbindung mit der Vorlage über die ostafrikanische Schutztruppe fortgesetzt. Gefordert werden 3½ Millionen, wovon die Kommission 1 Million zu streichen beantragt. Oechelhäuser (nationall.) weist nach, daß der Handel mit Ostafrika im Steigen sei. Die Subvention der ostafrikanischen Dampferlinie habe gute Erfolge erzielt. Hoffentlich werde es allmählich gelingen, den Handel von der Insel Sansibar nach der deutschen Küste zu lenken. Freilich werde es Schwierigkeiten kosten, die Konkurrenz in Sansibar zu überwinden. Die Entwickelung, die sich bezüglich Ostafrikas vollzog, sei durchaus logisch und natürlich. Er habe schon vor Jahren in einer dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen unterbreiteten Denkschrift im Wesentlichen Das vorgeschlagen, was jetzt geschehen. Die ostafrikanische Gesellschaft verdiene für die patriotische Resignation, die sie geübt, volle Anerkennung. Eine staatsrechtliche Regelung der Verhältnisse im Norden unseres Schutzgebietes sei, mit Rücksicht auf die Konkurrenz unserer lieben Freunde, der Engländer, sehr nöthig, wenn die Karawanen nicht von unserem Gebiet nach dem britischen abgelenkt werden sollen. Mit der Ernennung von Soden zum Gouverneur von Ostafrika habe die Regierung einen guten Griff gethan. Er sei in Kolonialfragen allerdings Optimist. Der Pessimist habe großen Aufgaben gegenüber noch nie etwas geleistet. — Abg. Graf Mirbach (kons.) spricht seine Genugthuung über den gestrigen Ausspruch Richter's aus. Es handele sich nicht nur darum, etwas zu produziren, sondern auch darum, was produzirt würde, lohnend abzusetzen. Das sei ja der Standpunkt, den die Rechte in der Wirthschaftspolitik einnehme. Die Erwerbung Helgolands sei namentlich von idealem Werth. Als Kompensation für das, was wir England in Ostafrika zugestanden, könne sie indeß nicht gelten. Ein Volk, das keine Ideale mehr habe, befinde sich in absteigender Linie. Auch unsere Kolonialpolitik habe eine ideale Bedeutung und wer keinen Sinn für das Ideale habe, werde auch die Kolonialpolitik nicht verstehen. Beim Abschluß des deutsch-englischen Vertrages möchten wohl noch wichtige politische Interessen mitgesprochen haben. Die Kolonialpolitik möge der Regierung manche Schwierigkeiten bereitet haben. Aber diese Schwierigkeiten seien durch die Herren Richter, Bamberger ꝛc. verschärft worden, indem diese alles aufboten, um das Kapital von einem Engagement in den Kolonieen abzuschrecken. — Reichskanzler v. Caprivi: Die der Regierung wegen des deutsch-englischen Abkommens gemachten Vorwürfe seien unbegründet. Als er in's Amt gekommen, habe er strittige Interessensphären, ein durch den Aufstand niedergedrücktes Schutzgebiet und Streitigkeiten um den Einfluß auf Sansibar vorgefunden. Auch abgesehen von Helgoland sei das deutsch-englische Abkommen für uns vortheilhaft, indem es uns die Küste sicherte. Man sage, der deutsche Michel habe sich vom perfiden Albion wieder einmal über's Ohr hauen lassen. Wir hätten viel mehr bekommen können. Aber wir müssen uns doch auch fragen, was wir mit den verfügbaren Geldmitteln und Menschenkräften behaupten können. Die Verhältnisse hätten es mit sich gebracht, daß an zu vielen Stellen gleichzeitig mit der Kolonialpolitik begonnen wurde, so daß sich unsere Kräfte nicht an einer Stelle concentriren konnten. Die Inseln Patta und Manda hätten wir wegen ihres guten Hafens im Interesse der Marine gern gehabt. Aber unsere Rechtsverständigen, deren Gutachten eingeholt wurde, erklärten übereinstimmend, daß kein Schiedsgericht uns die Inseln zusprechen könne. Ohne dieselben aber hatte das Hinterland keinen Werth für uns. Was das englische Protektorat über Sansibar anlange, so habe Deutschland nicht preisgegeben, was es besessen. Der bestehende Zustand war unhaltbar. Wir mußten in den Besitz der Küste gelangen, wozu sich nur der eingeschlagene Weg bot. Es sei gesagt worden, Fürst Bismarck hätte den Vertrag schwerlich abgeschlossen. Fürst Bismarck habe aber wiederholt erklärt, daß uns die Freundschaft Englands mehr werth sei, als Sansibar und Ostafrika zusammen. Es liege also kein leichtsinniges Abweichen von den Traditionen seines großen Vorgängers vor. Der an den Sultan von Sansibar gewährte Preis sei nach Möglichkeit herabgedrückt worden. In der Budgetkommission des Reichstages sei früher die Abtretung der Küste an Deutschland angeregt und der dafür zu zahlende Preis auf 10–20 Millionen bemessen worden. Die Organisation des Schutzgebietes soll von der Küste aus nach dem Innern zu vorschreiten, nicht umgekehrt. Wenn das Reich die unmittelbare Verwaltung des Gebietes übernehme, so gehorche er damit der Noth, nicht dem eigenen Triebe. Ohne die unmittelbare Verwaltung würde aus Ostafrika überhaupt nichts werden. Wenn, wie er hoffe und für wahrscheinlich halte, unsere ostafrik. Kolonien sich gedeihlich entwickeln, werden wir auch dazu kommen, das Reich von den Kosten zu entlasten. Freiherr von Soden würde den Auftrag für Ostafrika nicht übernommen haben, wenn er nicht glaubte, daß aus dem Gebiete etwas zu machen sei. Seine Berufung anlangend, so müsse Einer an der Spitze stehen, und es handele sich darum, Jemand zu finden, der dort neu und noch nicht engagirt war und der doch Erfahrungen bezüglich der Verwaltung in den Tropen habe. Daneben bestehe noch Raum genug für gedeihliche Wirksamkeit nicht nur zweier oder dreier, sondern einer größeren Anzahl entschlossener Männer. Die deutsche Arbeitskraft stehe hinter der keiner Nation zurück. Sie werde auch in Ostafrika halten, was sie versprochen, zum Heile des Vaterlandes. (Beifall.) — Abg. Richter: Die Entrüstung über das deutsch-englische Abkommen sei nur in ein paar untergeordneten Blättern laut geworden. Wenn Abg. Oechelhäuser von einer schönen patriotischen Resignation der ostafrik. Gesellschaft gesprochen, so bestehe diese Resignation darin, daß sie die Gesellschaft vom Reiche wieder in einen Besitz setzen lasse, den sie mit durch eigenes Verschulden verloren. Der Reichskanzler gehe ihm und seinen Freunden in der Beschränkung der Kolonialpolitik noch nicht weit genug. Er nehme zuviel Rücksicht auf Strömungen, die er überschätze. Die Leitung der ostafrikanischen Kolonie müsse allerdings in eine Hand gelegt werden. Bedenklich sei es aber doch, daß das Reich schließlich für die Fehler eines Mannes aufkommen müsse. Wißmann werde nicht in Ostafrika belassen werden können. Seine Vorwürfe gegen Emin Pascha verhielten sich nach den vorliegenden Weißbüchern als ganz unberechtigt. Seine Partei stimme gegen die Forderung. Wir müßten alle unsere Kräfte auf Befestigung unserer Stellung in Europa verwenden. — Abg. v. Vollmar (Soc.): Der deutsch-englische Vertrag bringe endlich ein festes Ziel für unsere Kolonialpolitik. Die Kolonisirungsarbeit der deutschen Schutztruppe sei unmenschlich und grausam, wie der Bericht des Leutnants Sigl im Weißbuch beweise. Nach diesen Erfahrungen sollte man bei der Wahl der Befehlshaber vorsichtig sein. Offiziere schienen sich dafür wenig zu eignen. — Abg. v. Kardorff (Rp.): Die Aufgabe unserer Position in Sansibar habe sehr unangenehm berührt, wenn auch anerkannt werden müsse, daß diese Position mancherlei Unbequemlichkeiten mit sich brachte. Die Abtretung Lamus sei ein schmerzlicher Verlust, wie hoch man auch die Erwerbung Helgolands veranschlagen möge. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Graf Waldersee hat sich heute zum Antritt seiner neuen Stellung nach Altona begeben. In seiner gestrigen Abschiedsrede vor den Offizieren und Beamten des Generalstabes sagte er: Der Kaiser hat anders über mich verfügt und mich an eine andere Stelle gesetzt. Dem Soldaten geziemt es nicht, nach den Gründen zu forschen. Er schloß seine Ansprache mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser. — Wißmann's Rücktritt gilt in Regierungskreisen als feststehende Thatsache. — Bei dem gestrigen Festmahl des deutschen Landwirthschaftsraths toastete Staatssekretär v. Bötticher auf diesen und versicherte, im deutsch-österreichischen Handelsvertrag werde den Interessen der deutschen Landwirthschaft entsprechend Rechnung getragen werden. — Die Kaiserin Friedrich begiebt sich Mitte des Monats nach England. — Der Centralvorstand des evangelischen Bundes petitionirt beim Landtage gegen das Sperrgeldergesetz. — Die Budgetkommission des Reichstages nahm heute das Ordinarium des sächs. Militäretats an. — Generalleutnant von Bergen erhielt das Großkreuz des sächs. Albrechtsordens. — Aus Brüssel wird dementirt, daß Prinz Balduin an den Pocken verstorben sei. — Gegenüber den Commentaren, die an Vorgänge in Mecklenburg-Strelitz an Kaisers Geburtstag geknüpft waren, wird der Kreuzzeitung von dort geschrieben, daß dort gerade jetzt unserem Kaiser gegenüber eine sehr loyale und entgegenkommende Gesinnung bestehe. Daß nicht eine weitere öffentliche Feier stattfand wird darauf zurückgeführt, daß verschiedene Gesuche von Behörden und Corporationen unterblieben seien. Der Großherzog habe bei einem Familiendiner in seinem Toast die Gesundheit des Kaisers in der herzlichsten Weise ausgebracht. — Prinz Heinrich wohnte der heutigen Berathung des Wildschadengesetzes im Abgeordnetenhause bei. — Die vom deutschen Gastwirthsverband veranstaltete 5. Kochkunstausstellung ist heute in Gegenwart der Prinzessin Friedrich Karl als Protektorin eröffnet worden. Es sind 260 Aussteller vertreten. Bei dem Rundgang der hohen Herrschaften erregte allgemeine Bewunderung der Pyramidenaufbau der Liebig'schen Fleisch-Extrakt-Compagnie.

Berlin. Der Verkauf eines Theils der Ländereien der Südwest-Afrika-Gesellschaft an die neue Gesellschaft (Sitz Hamburg, mit 20 Millionen Mark Kapital) wurde vom Reichskanzler genehmigt.

Görlitz. In dem Landkreise Görlitz sind wegen der in mehreren Ortschaften aufgetretenen Maul- und Klauenseuche die Viehmärkte verboten worden.

Köln. Im Saarkohlengebiete fanden gestern Zusammenkünfte und Concerte zur Erinnerung an die kaiserlichen Erlasse statt.

Temesvar. In der Gemeinde Pladany griffen die Bewohner die Gendarmerie an, welche einen rumänischen Lehrer wegen Brandstiftung verhaften wollte. Die Gendarmerie mußte sich in

Pfund's sterilisirte (keimfreie) Kindermilch. Trockenfütterung. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42.